

Die REP – Gefahr von rechts

Die CDU hat auf ihrem Düsseldorfer Parteitag eine klare Trennungslinie gegenüber radikalen Parteien gezogen und einen alle Gliederungen bindenden Beschluß gefaßt: „Die CDU lehnt jede Vereinbarung über eine politische Zusammenarbeit und jede Koalition mit links- und rechtsradikalen Parteien ab, wie z. B. mit der PDS, DVU, den Republikanern oder ähnlichen Gruppierungen. Ein Verstoß gegen diesen Grundsatz ist mit den Zielen und der Mitgliedschaft in der CDU unvereinbar.“

Rechtsradikale Politik und christlich-demokratische Politik sind wie Feuer und Wasser. Es besteht ein fundamentaler und unüberbrückbarer Unterschied zwischen demokratischen und rechts- wie linksradikalen Parteien, der eine Zusammenarbeit mit der CDU unmöglich macht.

Die REP sind nach wie vor eine rechtsradikale Partei. Zwar versucht ihr Vorsitzender Schönhuber, die Partei als „national-konservativ“ darzustellen und verordnet ihr bewußt moderate Töne. Dennoch bleibt festzustellen, daß die Ziele der REP im Kern immer noch rechtsradikal sind. Wesentliche Elemente der REP-Agitation sind Nationalismus, Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und simples Freund-Feind-Denken.

Den REP fehlen jede ökonomische Kompetenz und ein fundiertes politisches Sachprogramm. Sie vertreten einen überholten Nationalismus und polemisieren gegen die europäische Einigung sowie die Wertegemeinschaft der Atlantischen Allianz. Sie sind damit eine Gefahr für die ökonomische Basis des Wohlstandes in Deutschland. Kein Land profitiert so von Europa wie die Bundesrepublik; kein anderes Land gründet seinen wirtschaftlichen Erfolg in so hohem Maße auf offene Grenzen. Wer wie die REP alte Nationalismen propagiert und Deutschland als fremdenfeindliches Land ins Gerede bringt, isoliert unser Land und schadet seiner Wirtschaft und damit dem Wohlstand aller.

- Die REP-Methoden der totalen Vereinfachung, der Mobilisierung von niederen Instinkten, der demagogisch aufgeheizten Emotionen und des simplen Freund-Feind-Denkens schüren Ressentiments gegen die Demokratie. Die REP sind im Kern demokratiefeindlich; ihr Leitbild ist der bevormundende Obrigkeitsstaat.
- Die REP sind ausländerfeindlich. Sie vertreten mit dumpfen Parolen den plumpen Rassismus der Stammtische. Ausländer und Asylbewerber werden von ihnen als angebliche Sündenböcke für eine Vielzahl von Problemen verantwortlich gemacht.
- Die REP beschönigen die Verbrechen der Nationalsozialisten. Antisemitische Tendenzen sind offenkundig.
- Die Geschichte der REP ist eine Abfolge von Chaos und Querelen, von Intrigen und Abspaltungen. Es zeigt sich deutlich, daß die führenden Leute der REP nicht die „Saubermänner“ sind, für die sie sich ausgeben.

Nur ein kleiner Teil der Sympathisanten der REP sind aber tatsächlich Rechtsradikale. Bei der politischen Auseinandersetzung mit den REP muß daher zwischen den ideologisch motivierten Funktionären und den Sympathisanten der REP unterschieden werden, die durch eine entschlossene Politik und intensive Aufklärung zurückgewonnen werden können.

Die CDU muß die REP in aller Entschiedenheit bekämpfen, wie sie dies bereits in den 60er Jahren mit der NPD getan hat. Es ist darüber hinaus die Aufgabe aller demokratischen Parteien, radikale Gruppierungen am rechten oder linken Rand zu verhindern. Keinesfalls dürfen radikale Parteien oder ihre Themen politisch hoffähig gemacht werden.

Darum ist eine entschiedene politische Auseinandersetzung mit Zielen, Programm und Vertretern der REP erforderlich. Sie gehört zum Wettkampf in der Demokratie. Nichts fürchten extreme Gruppierungen und Parteien mehr als fairen, aber entschiedenen politischen Streit. Denn sie leben von Ängsten und Stimmungen und scheuen die Argumente. Die mit Nachdruck vorgebrachte Gegenüberstellung ihrer politischen Halbwahrheiten mit den tatsächlichen Fakten stellt die ganze Konzeptionslosigkeit und politische Gefährlichkeit der populistischen Rechtsparteien bloß.

Das Programm der REP

Die wirklichen Absichten der Republikaner können nicht allein aus dem offiziellen Parteiprogramm erschlossen werden, denn die REP sind „keine Programm-, sondern eine Weltanschauungspartei, die sich populistischer Stimmungsmache bedient. Das verbindet sie mit der alten und den neuen

extremen Rechten à la NPD und DVU, mit denen Schönhuber offiziell nichts zu tun haben will“ (Hans-Gerd Jaschke, Frankfurter Rundschau, 15. 6. 1992). Weder das Programm noch konkrete Lösungsvorschläge für aktuelle politische Fragen stehen im Mittelpunkt von REP-Veranstaltungen. Ein rationaler Diskurs findet nicht statt. Parteitage diskutieren nicht, sondern zelebrieren eine politische Botschaft. Eine Untersuchung der Parteiprogramme der REP muß vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Auf dem Rosenheimer Parteitag im Januar 1990 wurde das zweite und bis heute gültige Grundsatzprogramm der REP verabschiedet. In diesem Programm sind alle radikalen Formulierungen früherer Programme „geglättet“ worden. Das Programm ist aber nur „ein rein taktisches Instrument“, das eine Reihe von „Allerweltsfloskeln und Zugeständnissen angesichts einer kritischen Öffentlichkeit, die jede verdächtige Formulierung auf ihre NS-Gehalte“ abklopft, enthält (Hans-Gerd Jaschke, Frankfurter Rundschau, 15. 6. 1992). Schönhuber versucht, die REP als verfassungstreu, demokratisch und antiextremistisch darzustellen. Er forderte im Juni 1992 von seiner Partei, sie solle „moderater im Ton“ und damit für die etablierten Parteien „hoffähig als Koalitionspartner“ werden (Die Welt, 15. 6. 1992).

Die Sprache der REP ist allerdings nach wie vor verräterisch. In der Präambel des Programms werfen die REP den anderen Parteien vor, „Politik hinzunehmen als Fortführung der feindlichen Kriegspropaganda mit den Mitteln der Umerziehung und Erziehung, Infiltration und Medien“. Dr. Peter Frisch, Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, schreibt dazu: Die programmatischen Aussagen der REP lassen einen Geist erkennen, der „nun gerade nicht mit dem identisch ist, durch den sich unsere freiheitlich demokratische Grundordnung auszeichnet“ (in: Backes/Jesse, Extremismus und Demokratie. Bonn 1990, S. 101). Und weiter: „Mit der Bezugnahme auf eine feindliche Kriegspropaganda stellen sich die Republikaner faktisch in die Tradition des Dritten Reiches.“

Das programmatische Profil der REP läßt bis heute „deutliche Parallelen zu dem rechtsextremen Parteien wie NPD und DVU-Liste D erkennen“ (Backes/Jesse, S. 99). Die Forderungen der REP haben „trotz semantischer Glättungen nichts von ihrer Radikalität verloren“ (Prof. Claus Leggewie, in Backes/Jesse, S. 119).

Die REP und Ausländer

Das wichtigste Thema für die REP ist die Asylpolitik. Sie scheuen kein Mittel, um gegen Ausländer und Asylbewerber Stimmung zu machen. Sie versuchen, Asylbewerber und in der Bundesrepublik lebende Ausländer zu Sündenböcken für alle möglichen sozialen und wirtschaftlichen Probleme

abzustempeln. Die REP fordern die **ersatzlose** „Streichung des Asylgrundrechts“ aus dem Grundgesetz („Der Republikaner“ 3/92). Die Nachricht von der Streichung des Asylrechts solle „als Botschaft noch ins letzte Negerdorf in Afrika“ dringen, damit nicht weiterhin „Millionen und Abermillionen Asylanten“ nach Deutschland kommen, „um das Bruttosozialprodukt zu plündern“ (Christian Käs in: Frankfurter Rundschau, 7. 4. 1992). Der Hamburger Politologe Prof. Wolfgang Gessenharter stellt dazu fest: „Abschottung gegen alles Fremde von außen und Herstellung dieser Homogenität nach innen — dieses Kernstück eines antidemokratischen und obrigkeitstaatlichen Denkens prägt das neue Programm der Schönhuberisten“ (Frankfurter Rundschau, 12. 10. 1991).

Wie die Wochenzeitung „Die Zeit“ berichtete, trat bei einer Wahlveranstaltung der REP in Baden-Württemberg als Gastredner Gerd Selbach auf, der sich als „UN-Experte“ ausgab. Angesprochen auf ethnische Minderheiten erklärte er: „Solange man darauf schießen darf, habe ich nichts dagegen.“ Er löste mit dieser Feststellung heftigen Applaus bei den anwesenden REP-Anhängern aus. Gefragt von einem jungen Mann, wie er zu dieser Äußerung stehe, erklärte der REP-Landesvorsitzende Käs: „Ich sehe nicht ein, mich von irgend jemand distanzieren zu müssen“ (Die Zeit, 3. 4. 1992). Angesichts von gewalttätigen Übergriffen gegen Ausländer und Asylantenheime können diese Aussagen nur als Rechtfertigung für Gewalt gegen Ausländer verstanden werden.

Während der stellvertretende REP-Bundesvorsitzende Schlierer erklärte, seine Partei habe sich vom „rechten Narrensaum“ befreit, fordert Schönhuber, auf gewalttätige Skinheads zuzugehen: „Diese jungen deutschen Menschen darf man nicht kriminalisieren, man muß mit ihnen reden“ (FAZ, 12. 11. 1991). Schönhuber beschönigt deren Gewalttaten und bezeichnet Brandstifter und Schläger verharmlosend als „Heißsporne“. Vor ca. 150 Skinheads erklärte er nur eine Woche nach den Überfällen auf Ausländer in Hoyerswerda: „Unsere Frauen und Kinder müssen wieder unbehelligt auf die Straße gehen können“ (Saarbrücker Zeitung, 30. 9. 1991). Wer so redet, fördert die Gewaltbereitschaft und macht sich so mitschuldig an brutalen Verbrechen.

Durch ausländerfeindliche Äußerungen machte auch der REP-Landesvorsitzende in Sachsen, Winfried Petzold, auf sich aufmerksam: „Die Zigeuner z. B., die vom Betteln leben und nicht arbeiten gehen, passen nicht zum deutschen Wesen“ (Leipziger Volkszeitung, 11. 4. 1992). Die REP sehen in allem Fremden und Andersartigen eine Bedrohung für die eigene Nation und die Lebensart der Deutschen. Auf diese Weise werden in der Bevölkerung Tendenzen der Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit bestärkt.

In einem Flugblatt zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 1992 sprechen die REP von Ausländern als der „italienischen Mafia und großen Gangs,

polnischen Autodieben, Schmugglern und Hehlern, jugoslawischen Törkältern, türkischen Drogenhändlern und Jugendbanden, arabischen Terrorkommandos usw. usw.“. Hier werden Ausländer pauschal mit Kriminellen gleichgesetzt und zu Verbrechern gestempelt. Die REP profitieren von einem „Bodensatz an Überfremdungsängsten, fremdenfeindlichen Abwehrmechanismen und rassistischen Denkmustern“.

„Was in Biersälen an Propaganda verkündet wird, hat man Stammtisch-Debattierern zuvor vom Munde abgeschaut. Die Nationalpopulisten bevorzugen einfache Lösungen, die den Applaus der Menge versprechen“ (Uwe Backes, Rheinischer Merkur, 10. 4. 1992).

Die REP und Europa

Die Entwicklung Europas ist nicht irgendein Thema der Tagespolitik; Europa ist für Deutschland eine Schicksalsfrage. Unsere nationale Zukunft ist noch viel mehr als die anderer Staaten unseres Kontinents mit der Entwicklung Europas verknüpft. Die Europäische Gemeinschaft hat uns Deutschen wie unseren Partnern Frieden und Freiheit gesichert. Wir Deutschen verdanken nicht zuletzt dieser Gemeinschaft ein bisher nie gekanntes Maß an Wohlstand.

Die REP gehören zu den treibenden Kräften in Deutschland, wenn es darum geht, Vorbehalte und Sorgen im Hinblick auf die Entwicklung in Europa populistisch aufzugreifen und zu verstärken. Sie schüren Ängste gegen Europa und propagieren einen neuen Nationalismus. Antieuropäische Polemik gehört zur Standard-Argumentation der REP; sie werden dadurch zur ersten Gefahr für Deutschlands Zukunft.

„Deutsche Interessen haben Vorrang“: dies ist die Grundformel für den simplen Nationalismus der REP. Ähnlich wie die übrigen rechtspopulistischen Parteien in Europa pflegt auch die „Aussteiger-Partei“ Schönhubers „nationalistisches Gedankengut“ (Prof. Karlheinz Niclauss, Baseler Zeitung, 7. 4. 1992). Die REP sprechen sich gegen die Westintegration aus und fordern ein „Europa der Vaterländer“. Mit dieser Formulierung machen sie Front gegen eines der wichtigsten politischen Ziele Deutschlands. „Wir sind der Eisberg, an dem sich das schlingende Europaschiff den Rumpf aufschlitzten wird“, erklärte der „wirtschaftspolitische Experte“ der REP, Alexander Hausmann (Stuttgarter Zeitung, 15. 6. 1992). Mit vereinfachenden Parolen bauen sie unzutreffende Gegensätze zwischen deutschen und europäischen Interessen auf. Gegen alle Realitäten in Europa setzen die REP die alten „Mythen von Heimat, Volk, Gemeinschaft“, von der „Nation als Gemeinschaft der Deutschen“, in die Probleme nur von außen hereingetragen werden

(Hans-Gerd Jaschke, Frankfurter Rundschau, 15. 6. 1992). Schönhuber gibt keine Antworten auf aktuelle politische Fragen, vielmehr verkündet er eine „politische Religiosität: Glaube an Deutschland“ (Jaschke, ebenda).

Eine Variante der antieuropäischen Position der REP ist ihre Ablehnung der Zugehörigkeit zu internationalen Organisationen. Im Programm von 1990 fordern die REP: „Das wiedervereinigte Deutschland muß frei sein in der Gestaltung seiner inneren Ordnung.“ Es müsse ein „blockfreier und gleichberechtigter Staat“ mit „militärischer Neutralität“ sein. Die REP fordern einen Austritt aus der NATO; sie lehnen „eine weitere Finanzierung der internationalen Organisationen“ ab, da sie „der Bundesrepublik keinen Nutzen“ brächten (Flugblatt „Wer sind wir?“).

Das Geschichtsbild der REP

Die politische und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist auch ein Ergebnis der schlimmen Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur. Die REP wollen dieses Verständnis der eigenen Geschichte radikal ändern. „Wir sind für eine Revision des Geschichtsunterrichts in den deutschen Schulen. Wir wehren uns gegen Zerrbilder deutschen Soldatentums in den Massenmedien“ (Flugblatt „Wer sind wir?“). Die „Kriegspropaganda der Siegermächte“ und die Forderung nach „objektiver Geschichtsschreibung“ (Programm 1987) gehören zur Standard-Argumentation der REP. Auch im jüngsten Programm von 1990 sehen sie immer noch Veranlassung, „die These von der Kollektivschuld des deutschen Volkes“ zurückweisen zu müssen. Sie verlangen die „Offenlegung aller Archivunterlagen und die Rückgabe aller Akten und Archive des Deutschen Reiches“. Damit soll der Eindruck erweckt werden, die Geschichte des 20. Jahrhunderts sei noch gar nicht hinreichend bekannt und müsse eigentlich erst noch geschrieben werden. Die „Auseinandersetzung“ der REP mit dem nationalsozialistischen Regime ist geprägt von dem Versuch, Verbrechen der Nationalsozialisten zu relativieren und durch Vergleiche mit anderen Verbrechen zu verharmlosen.

In „Der Republikaner“, 3/92, ist zu lesen: „Wir fordern ein Ende des deutschen Kriechganges. Das deutsche Volk kann nicht ewig mit der NS-Zeit belastet werden. Auch andere Völker sollten in den eigenen Spiegel schauen und nicht stets mit mahnendem Zeigefinger auf uns Deutsche zeigen. Wir wollen die geistig notwendige Vergangenheitsbewältigung nicht zum Instrument der finanziellen Erpressung Deutschlands verkommen lassen.“

Für Schönhuber steht fest, daß Hitler am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs allenfalls eine geringe Schuld trägt.

Schönhuber macht auch heute keinen Hehl aus seiner Nähe zum Faschismus: „Ich würde mich heute nicht scheuen, zu sagen, daß ich in diesem Modell, dem faschistischen Modell der Jahre 1926 bis 1930, durchaus positive Ansätze sehe.“ Über den italienischen Diktator sagt er beschönigend: „Mussolini (...) hat ein paar Mafiosi auf eine Insel verbannt, aber nicht ganze Bevölkerungsteile terrorisiert“ (Die Tageszeitung, 19. 5. 1992). Derartige Aussagen sind ein offenes Bekenntnis zum faschistischen Führungsprinzip.

REP und Antisemitismus

Neben der Verharmlosung von NS-Verbrechen schüren Schönhuber und die Republikaner antisemitische Stimmungen. Auf dem Parteitag der Republikaner in Rosenheim 1990 erklärte Schönhuber:

„Herr Galinski: Ich bin alles andere als ein Antisemit, aber hören Sie endlich auf, deutsche Patrioten zu verleumden. Herr Galinski, Sie sind schuld, wenn es wieder den verachtenswerten Antisemitismus in diesem Lande geben sollte.“ Weiter sagte er: „Aber Shalom, Herr Galinski, lassen Sie uns jetzt endlich zufrieden, stellen Sie Ihr Geschwätz ein. Wir wollen es nicht mehr hören, wir können es nicht mehr hören, und wir lassen uns nicht weiter demütigen“ (Tonbandabschrift). Über die Wiedergutmachungs-Millionen, die der seinerzeitige Vorsitzende des Zentralrates der Deutschen Juden, Werner Nachmann, veruntreute, sagte Schönhuber einmal, daß nicht länger „der Deckel über diese stinkende Brühe gehalten“ werden dürfe (Der Spiegel, 6. 6. 1988). In einem Interview im April 1992 erklärte Schönhuber: „Ich verachte Antisemiten, aber man darf ein Volk nicht permanent demütigen, wie das Herr Galinski tut.“ In dem gleichen Interview hat Schönhuber auf Nachfrage des Journalisten an dem Satz festgehalten: „Der Zentralrat der Juden ist die 5. Besatzungsmacht Deutschlands“ (Neues Deutschland, 10. 4. 1992).

„So schreibt nur einer, der Juden nach wie vor als Fremdkörper in Deutschland betrachtet“ (Michael Stiller, Die Republikaner, München 1989, S. 107). Im Klartext heißt das, „daß die Bürger jüdischen Glaubens, deren Familien oft seit Generationen in Deutschland leben, für ihn über einen Fremdenstatus nicht hinauskommen“ (Kurt Hirsch, in: Hirsch/Sarkowicz, Schönhuber, Der Politiker und seine Kreise, Eichborn 1989, S. 31). Der Politologe Hajo Funke kommt bei einer Analyse der REP-Programmatik zu folgendem Ergebnis: „Der Schönhubersche Nachkriegsantisemitismus richtet sich gegen die Grundlagen der jüdischen Existenz in Deutschland“ (Hajo Funke, Republikaner, Berlin 1989, S. 45).

Nähe der REP zu rechtsextremistischen Parteien

Die REP versuchen, sich als verfassungstreu darzustellen, um politisch hoffähig zu werden und sich als möglichen Koalitionspartner anzubieten. „Die Republikaner (...) tun alles, um das Etikett des Rechtsradikalismus und Neonazismus von sich zu weisen und sich als normale deutsche national-konservative Kraft darzustellen“ (Michael Schomers, Die Republikaner – von innen betrachtet, in: Butterwegge/Isola, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bremen 1990, Seite 75).

Die REP behaupten, man habe sich vom „rechten Narrensaum“ (Rolf Schlierer, Rheinischer Merkur, 16. 4. 1992) getrennt. „Wir haben mit anderen Parteien, die sich als rechte etikettieren, nichts zu tun“, erklärte Franz Schönhuber auf dem Parteitag der REP in Deggendorf 1992.

Schönhuber versucht, seine Partei deutlich von den vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „rechtsextremistische Parteien“ eingestuften NPD und DVU abzugrenzen. Falsch ist aber Schönhubers Behauptung, die REP würden nicht vom Verfassungsschutz beobachtet. Die Landesämter für Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Baden-Württemberg, Bremen, Hessen und Brandenburg beschäftigen sich bereits mit den REP. Grund für die Beobachtung sind „programmatische Aussagen von Funktionären und Mitgliedern“, in denen eine „übersteigerte Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, übersteigerte Nationalismus, eine Diffamierung der Repräsentanten der parlamentarischen Demokratie und mangelnde Distanz zum NS-Regime“ festzustellen ist (Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen 1990).

Tatsächlich drängt sich der Eindruck auf, daß die REP konturenlos in diesen „rechten Narrensaum“ übergehen. Deutlich zeigt sich eine Nähe der REP zu rechtsextremen Parteien wie der DVU, der NPD, der Deutschen Liga für Volk und Heimat, der Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP) und anderen. Diese Nähe zu eindeutig verfassungsfeindlichen Organisationen besteht sowohl in inhaltlicher als auch personeller Hinsicht. So findet man in den Programmen von DVU, NPD und REP einen „kontinuierlichen gemeinsamen ideologischen Kernbestand“, der diese Parteien verbindet und von den übrigen demokratischen Parteien klar unterscheidet (Prof. Wolfgang Gessenharter, Frankfurter Rundschau, 12. 10. 1991). Schönhuber und DVU-Chef Frey werden deshalb auch als „Brüder im Geiste“ bezeichnet (Frankfurter Neue Presse, 7. 4. 1992).

Die REP wollen quasi als „Scharnier“ der Rechtsextremen zu den demokratisch legitimierten Parteien auftreten. Sie wollen gesehen werden „als

„nationale Stimme innerhalb des Parteienspektrums“ (Rolf Schlierer, Der Spiegel, 41/1992). Vor diesem Hintergrund ist eine klare Abgrenzung und intensive politische Auseinandersetzung mit den REP von großer Bedeutung. Die eigentliche Gefahr der REP liegt in der Enttabuisierung des Rechtsradikalismus, dem sogenannten „Republikaner-Phänomen“ (Hans-Gerd Jaschke, Die Republikaner, Profile einer Rechtsaußenpartei, Bonn 1990, S. 9), das darauf abzielt, bestimmte Positionen als normal darzustellen, obwohl sie rechtsradikal sind.

Gemeinsame Agitationsthemen der Rechtsextremen

Es lassen sich eindeutig gemeinsame Wurzeln, ein gemeinsames rechts-extremes Gedankengut und gemeinsame Agitationsmethoden von DVU, NPD und REP feststellen. Die gemeinsame Rhetorik arbeitet mit der einfachen Technik des „ja — aber“ und des „natürlich nicht — aber“: „Wir sind weder NS-Anhänger noch Faschisten, aber wenn heute (...) die Faschisten von den Kommunisten verteufelt werden, so ist dem entgegenzuhalten, daß das faschistische Italien Mussolinis ein wahres Erholungsheim war im Vergleich zum mörderischen System der Sowjetunion“ (Schönhuber auf einer REP-Veranstaltung in Stuttgart am 17. 5. 1989). „Wir sind ausländerfreundlich. Aber wir nehmen uns als Deutsche das Recht heraus, deutschfreundlich zu sein“ (Frey in Nationalzeitung, 17. 4. 1992).

Auch die weitere Palette der Agitationsthemen ist nahezu identisch. DVU, NPD und REP sehen den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nur als eine Zwischenstation auf dem Weg zu einem Deutschland unter Einschluß der Gebiete jenseits von Oder und Neiße. „Schlesien ist noch nicht verloren“, so lautet Schönhubers Parole (Interview in Neues Deutschland, 10. 4. 1992). DVU-Chef Frey erklärt derweil: „Ich glaube, daß die Frage des russisch besetzten Ostpreußen bald auf der Tagesordnung steht“ (Frankfurter Rundschau, 8. 4. 1992).

Die Rechtsparteien fordern die Wiedererrichtung Deutschlands in den Grenzen von 1937 und verharmlosen die NS-Verbrechen (Verfassungsschutzbericht 1991, Rechtsextremistische Bestrebungen, S. 61 ff.). Während Schönhuber sich in seinem Buch „Ich war dabei“ damit brüstet, bei der Waffen-SS gewesen zu sein, bietet die Nationalzeitung des DVU-Vorsitzenden Frey Panzer für Woche Bücher und Videofilme über die „Heldentaten“ der SS-Einheiten der Waffen-SS an.

Die REP verfolgen die gleiche Strategie wie die rechtsextreme DVU, die NPD und andere. Nationalismus wird zum wichtigsten aller Werte erhoben. Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit werden diesem untergeordnet. Soziale und politische Probleme werden zu nationalen Problemen umgewandelt. Es werden Überlegenheitsgefühle gegenüber Randgruppen erzeugt und der Eindruck erweckt, Ausländer bedrohten den Wohlstand der Deutschen. Die rechtsextremen Parteien selbst gewinnen ihre Identität durch das Schüren von Feindbildern. „Extremismus ist nicht lebensfähig ohne ein Feindbild. Er macht Stimmung gegen Ausländer, Asylanten, Juden (...) und versucht ein Klima der Pogromstimmung zu schaffen“ (Butterwegge/Isola, a. a. O., S. 28).

Personelle Nähe zwischen Reps und Rechtsextremen

Der jüngste Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg beschreibt die engen personellen Verbindungen zwischen den REP und anderen rechtsextremen Organisationen. So wurde z. B. die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ im August 1991 in München von ehemaligen Funktionären der NPD, der DVU und der REP gegründet. Der Bundesvorstand setzt sich aus ehemaligen Funktionären von NPD und REP zusammen. Die Deutsche Liga versteht sich ausdrücklich als „Sammlungsbewegung“, die auch Doppelmitgliedschaften mit anderen Gruppierungen und Parteien erlaubt. Ganz gezielt wird hier die Zusammenarbeit der Rechtsparteien gesucht.

Bemerkenswert ist, daß die Deutsche Liga bereits in verschiedenen Parlamenten vertreten ist, obwohl sie bisher an keiner Wahl teilgenommen hat. So sitzt etwa der frühere REP-Abgeordnete Neubauer jetzt als Mitglied der Deutschen Liga im Europaparlament. Auch in der Bremischen Bürgerschaft ist ein DVU-Abgeordneter zur Deutschen Liga übergetreten. Durch Mitnahme ihrer REP- bzw. NPD-Mandate sind Funktionäre der Deutschen Liga in den Kommunalparlamenten von Villingen-Schwenningen, Tuttlingen, Köln, Frankfurt a. M. und Pforzheim vertreten (Verfassungsschutzbericht 1991, S. 62).

An diesen Beispielen zeigt sich deutlich, daß REP-Mitglieder die Wähler täuschen. Wer REP wählt, muß später oft erkennen, daß viele der gewählten Volksvertreter zu eindeutig rechtsextremen Parteien überlaufen, ohne ihr Mandat zurückzugeben.

Der Verfassungsschutzbericht 1991 stellt fest, daß vor allem die Skinheads in den neuen Bundesländern rechtsextremistisch orientiert sind, da sie sich

bereits zu DDR-Zeiten als „nationalsozialistische Opposition“ gegen den kommunistischen Apparat empfunden haben. „Nach der Wende wurde sehr schnell offenbar, welche Art von Kindern der Sozialismus mit seinem verordneten Antifaschismus und seiner aufgesetzten Völkerfreundschaft auch hinterlassen hat: überzeugte und ideologisch geschulte Rechtsradikale, die Hatz machen auf alles, was sie für undeutsch halten“ (Andreas Borchers, Neue Nazis im Osten, Hintergründe und Fakten, Weinheim 1992, S. 8).

Immer wieder erklärt Schönhuber, er achte darauf, „daß Ultrarechte von der Partei ferngehalten werden“ (Nürnberger Nachrichten, 7. 4. 1992). Gleichzeitig fordert er aber, gewalttätige Skinheads nicht zu „kriminalisieren“ und nicht „links liegen“ zu lassen (Taz, 12. 11. 1991). Die Skinheads ihrerseits fühlen sich von Schönhubers Ankündigungen angezogen und erscheinen häufig bei Parteiveranstaltungen vor allem in den neuen Bundesländern (Frankfurter Rundschau, 16. 4. 1991). Bei einer Veranstaltung der REP in Neubrandenburg wurden Skinheads in den Saal eingelassen; sie füllten die Stuhlreihen auf und stellten etwa ein Drittel der Teilnehmer an der von 400 Personen besuchten „Großveranstaltung“ der REP. Die Polizei hatte den Skinheads, die zuvor durch die Innenstadt gezogen waren und „Ausländer raus“ skandiert hatten, Baseballschläger, stehende Messer und eine Pistole abgenommen. 51 Skinheads wurden von der Polizei festgenommen. Schönhuber erklärte verharmlosend auf der Veranstaltung, man könne nicht von den kurzen Haaren auf eine politische Gesinnung schließen (Saarbrücker Zeitung, 30. 9. 1991).

Anspruch und Wirklichkeit fallen auseinander

„Die kurze Geschichte der REP ist eine Kette von Mißerfolgen: Hoher Verschleiß an Führungspersonal, permanenter Spaltpilzbefall und chaotische innerpolitische Zustände“, so faßt der Politologe Leggewie die bisherige Geschichte der REP zusammen (Claus Leggewie, Die Republikaner, S. 61). Schönhuber mußte eingestehen, daß alle Republikaner, die im Europaparlament neben ihm saßen, „durch Nichtstun“ auffielen (FAZ, 21. 6. 1990). So haben die meisten Europaparlamentarier der REP die Partei wieder verlassen. Begründung: Schönhubers autoritärer Führungsstil. Die in den Kommunalparlamenten vertretenen Republikaner zeichnen sich in aller Regel durch ausgeprägte Flügelkämpfe aus, ohne konstruktive Beiträge zur Ausschußarbeit zu leisten.

Franz Schönhuber und die REP fordern immer wieder „die moralische und sittliche Erneuerung Deutschlands“ (Schönhuber auf dem Parteitag 1992). Sie

haben aber keine Vorschläge, wie man drängende politische Fragen lösen kann. „Detaillierte Antworten auf die aktuellen Streitfragen der Innenpolitik erspart sich der Chef-Republikaner (...). Wie seine Partei die deutsche Einheit finanzieren möchte oder die Pflegeversicherung“, dazu gibt Schönhuber keine Auskunft (Frankfurter Rundschau, 15. 6. 1992). Auf die Frage, ob die REP Konzepte zur Lösung der drängenden Probleme wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot habe, erklärte der sächsische Landesvorsitzende Winfried Petzold: „Wir sind in der Opposition und brauchen uns im Moment dazu nicht zu äußern“ (Leipziger Volkszeitung, 11. 4. 1992).

Mit „innerparteilicher Demokratie“ tun sich die REP offenbar schwer. Im Art. 38 des Grundgesetzes heißt es, daß die Abgeordneten „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ sind. Anders sieht das Schönhuber: „Wir wissen zwar, daß es ein imperatives Mandat nicht geben kann, trotzdem aber darf darauf hingewiesen werden, daß wacklige Mandatsträger sich beim nächsten Mal eben von ihrem Gewissen und nicht von der Partei aufstellen lassen sollen.“ Die Abgeordneten „sind der verlängerte Arm der Partei“ (Schönhuber auf dem Parteitag in Deggendorf, 13. 6. 1992).

Die REP haben immer versucht, ihre endlosen internen Streitigkeiten, Beschimpfungen und Austritte als Reinigungsprozeß auszugeben. Schönhuber versucht den Eindruck zu erwecken, die REP hätten sich von den Ewiggestrigen, den Unbelehrbaren und den militanten Rechten getrennt. „Doch, wer radikal ist, bestimmt bei den REP allein Schönhuber“ (Claus Leggewie, Republikaner, S. 61).

Die Süddeutsche Zeitung kommentierte das folgendermaßen: „Der Wolf will seinen braunen Schafspelz weißwaschen“ (Süddeutsche Zeitung, 9. 7. 1990).